



5 Ziele für die EP-Wahl-Kampagne 2019

Hintergrund:

Die Europawahlen finden am 26. Mai 2019 in einem angespannten Europa statt.

Populismus und europaskeptische Parteien (Italien, Polen, Ungarn, etc.) stellen die europäische Einigung und unsere gemeinsamen Grundwerte in Frage. Damit sind die Belastbarkeit und die Nachhaltigkeit der Europäischen Union bedroht. Die Antwort auf die oft demagogische Kritik an der EU muss ihre Reform hin zu einer wirklich modernen Demokratie sein.

In ganz Europa mehrt sich die Kritik an den europäischen Institutionen. Begonnen hat sie mit den von den Regierungen der Mitgliedstaaten unberechtigterweise geäußerten Vorwürfen an die EU-Institutionen. Dabei sind es die Regierungen selbst, die verhindern, dass die Institutionen ihre Verantwortung ausüben und sich weiterentwickeln. Mit ihren Vorwürfen der Ineffizienz im Krisenmanagement und eines strukturellen Demokratiedefizits der EU versuchen die Regierungen ihre vermeintliche nationale Souveränität zu stärken. Die Unfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten die Herausforderungen im Bereich Migration solidarisch zu lösen hat das Misstrauen der Bürger'innen gegenüber diesem intergouvernementalen Europa verstärkt. Die institutionelle Krise im Falle Selmayr steht symbolisch für den aktuell desolaten demokratischen Zustand der Union.

Die Europawahlen finden außerdem vor dem Hintergrund des Brexit's statt. Er steht symbolisch für Skepsis und Populismus. Er führt zu institutioneller, finanzieller und diplomatischer Instabilität. Der Austritt des drittgrößten Beitragszahlers zum EU-Budget könnte eine Beschneidung des bereits beschränkten Budgets zur Folge haben. Die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen die gleichzeitig zur Wahlperiode stattfinden sind entscheidend für die Zukunft der Union.

Die internationale Situation ist ebenfalls instabil. Die US-Präsidentschaft hat die amerikanische Diplomatie spektakulär auf eine Abschottung umorientiert, die multilaterales Vorgehen in Frage stellt. Die neue Ausrichtung in der Iran- und Israelpolitik fördert die Instabilität in einer bereits von Konflikten und Gewalt geprägten Region (Syrien, Jemen, etc.). Die internationalen Beziehungen sind auch von Handelskämpfen, Geheimdiensten und Machtkämpfen mit einigen Mächten geprägt, die ihre Macht und ihren Einfluss beweisen möchten. China versucht seinen diplomatischen und wirtschaftlichen Einfluss geltend zu machen. Russland versucht seinen verflissenen Ruhm wiederherzustellen und nutzt dazu alle Mittel Wahlen und politische Entscheidungen des Westens zu beeinflussen.

Dieser immer stärker gespaltenen Welt muss Europa als Macht auftreten, die sich für globale Stabilität und Frieden einsetzt. Europa bleibt zu stark von der nationalen Politik Frankreichs und Deutschlands abhängig.

Frankreich ist seit 2017 durch die Präsidentschaft Emmanuel Macrons wieder zu einem Motor für Europa geworden. Ehrlich, zielbewusst und entschlossen pro-europäisch behält er allerdings eine zwar erneuerte und gelockerte intergouvernementale Linie bei, die zentralisiert und typisch französisch ist. Er arbeitet sich an den anderen Staats- und Regierungschefs ab. Sein Projekt der Bürgerkonsultationen wurde zwar von der EU-Kommission aufgegriffen, schafft es jedoch den Durchbruch nicht. Durch den intergouvernementalen Rahmen gebremst ist die Europastrategie von Emmanuel Macron schwer erkennbar.

Der Neuaufbau des politischen Machtspiels in Frankreich geht weiter, Ausgang ungewiss. Die traditionellen Regierungsparteien sind geschwächt und ihre Zukunft ist ungewiss. Lange haben wir auf eine Neuausrichtung gewartet. Sie findet u.a. rund um eine Spaltung zur Europafrage statt. Unter der Führung von Laurent Wauquiez, scheinen die konservativen „Republikaner“ sich immer mehr gegen die Europäische Union zu positionieren. Sie wird gegen die französische Souveränität, die einen Großteil des konservativen Lagers zusammenhält als Symbol der Globalisierung gesehen.

Das linke Regierungslager ist quasi inexistent. Die linke Opposition die von Jean-Luc Mélenchon geführt wird ist ebenfalls sehr antieuropäisch. Sie scheint allerdings gespalten zwischen souveränistischen Antieuropäern und alternativen Europäern die dem Föderalismus gegenüber offener sind.

Die Rechtsextremen bleiben antieuropäisch, sind aber immer unklarer was die Ziele für die EU und den Euro angehen.

Damit dürfte die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments einige politische (Populismus, Demokratie, Regionalismus, etc.), diplomatische (Atom, Russland, etc.), sicherheitstechnische, Migrations- und Klimaherausforderungen zu meistern haben. Diese globalen Herausforderungen fordern entschlossenes Handeln der Europäer um sowohl effizient als auch im Sinne unserer gemeinsamen und grundsätzlichen Werte zu handeln.

Die Ziele der UEF:

- ❖ Die Öffentlichkeit für die europäischen Herausforderungen der Wahlen sensibilisieren und eine Abstimmung über Programme zu diesen Herausforderungen fördern.
- ❖ Ein föderalistisches Votum empfehlen: föderalistische Positionen, Vorschläge und Werte verbreiten.
- ❖ Mitglieder mobilisieren und den Verband weiterentwickeln.

Die Zielgruppen:

- ❖ Alle Bürger'innen: wir richten uns an alle Wähler'innen und interessieren sie für europäische Herausforderungen im Sinne föderalistischer Ideen und Werte.
- ❖ Die politischen Parteien: sie zu ihrer europäischen Programmatik befragen, zur Übereinstimmung ihrer Positionen mit denen in ihrer europäischen Parteifamilie sowie zu ihrer Strategie was Allianzen in der Kampagne und anschließend im Europäischen Parlament angeht. Ihnen unsere Vorschläge übermitteln.
- ❖ Unsere Partner und die Zivilgesellschaft insgesamt: unsere Ideen und Vorschläge in ihren Inhalten einbinden. Die Schnittstellen, Vermittler und Meinungsführer'innen in Debatten über unsere Positionen zusammenbringen.
- ❖ Die französische Exekutive was ihre Vision der Zeit nach den Wahlen und die Konsequenzen der Wahlen angeht.

Der Kommunikationsplan:

Um die Bürger'innen auf die Herausforderungen der Europawahlen aufmerksam zu machen nutzen wir in der Kampagne Vorschläge die unter dem Slogan „10 Forderungen für ein effizientes Europa das uns eint“.

Die 10 Vorschläge werden anhand der 5 großen Herausforderungen für die Wahlen entwickelt. Neben den Vorschlägen wollen wir die während der Kampagne stattfindenden Debatten in unsere Themencluster einbetten. Die Vorschläge werden konkret und werden angesichts der Parteiprogramme verfeinert.

Die UEF ist überzeugt, dass die Verbreitung einer föderalistischen Message nur erfolgreich sein kann wenn wir verstärkt mit unseren Partnern zusammenarbeiten.

Eine Europawahlkampagne in drei Etappen:

- ❖ Europäische Dimension der Herausforderungen, der Parteien und der Programme mit 10 Vorschlägen.
- ❖ Achse an die französische Exekutive gerichtet: Respekt des Spitzenkandidatenprinzips und Vorbildrolle in dem kein französischer Kommissar nominiert wird.
- ❖ Achse der Bürgerschaft und Vielfalt: Kampagne der UEF um die Debatte zwischen Föderalismus und Souveränität zu beeinflussen.

Die 5 großen Herausforderungen der Wahlen

Die folgenden Punkte sind strategische Prioritäten. Weitere Themen wie z.B. neue Technologien oder Umwelt werden ggf. entwickelt werden.

1. Wirklich europäische Wahlen für Demokratie in Europa

Was wir wollen: eine öffentliche Debatte auf europäischer Ebene zu europäischen Herausforderungen

Warum? Legitimität und Demokratie stärken

Wie?

- Transnationale Listen
- Spitzenkandidaten, eindeutig benannte Kandidaten für die Kommissionspräsidentschaft

Was das bedeutet:

- Die Abgeordneten sind unter dem Schirm europäische Parteien gewählt
- Die Wahlscheine geben Namen und Logos nationaler und europäischer Parteien den gleichen Stellenwert
- Die europäischen Parteien benennen ihre Kandidaten für das Amt der Kommissionspräsidentschaft
- In jedem Wahlkreis wird den europäischen Parteien bei der Ankündigung der Ergebnisse Priorität eingeräumt.

2. Ein Europäisches Parlament mit echter Entscheidungsgewalt

Was wir wollen: Kompetenz und Macht der europäischen Bürgervertreter'innen stärken

Warum? Eine wirkliche parlamentarische Demokratie herstellen

Wie?

- Direktes legislatives Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Ausweitung des regulären Gesetzgebungsprozesses in den Bereichen Migration und Verteidigung
- Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle

Was das bedeutet:

- Die Europaabgeordneten können einen Gesetzesvorschlag einbringen
- Eine Frage-/Antwortsitzung mit den Kommissaren

3. Die Governance der Wirtschaftsunion konsolidieren

Was wir wollen: ein starkes Budget für die Union oder mindestens für die Eurozone

Warum? Für effiziente öffentliche Entscheidungen und eine größere Widerstandskraft

Wie?

- Eine europäische und nicht intergouvernementale Wirtschafts-, Fiskal und Währungspolitik
- Eigenmittel schaffen

Was das bedeutet:

- Im Europäischen Parlament:
 - Eine Kommission des Parlaments für die Wirtschafts- und Währungsunion einrichten
 - Den Mehrjährigen Finanzrahmen an das Mandat des Parlaments anpassen
- Für das europäische Budget:
 - Europäische Abgaben (z.B. Finanztransaktionssteuer, Prozentsatz der Mehrwertsteuer, europäische Unternehmenssteuer)
 - Beiträge auf Basis eines Mehrwertsteuersatzes
 - Eine europäische Finanztransaktionssteuer einrichten
 - Eine grüne Besteuerung entwickeln
 - Eine europäische Steuer auf Unternehmensumsätze einrichten die ein europäischer Mindeststeuersatz ist, der eine gemeinsame Bemessungsgrundlage darstellt

- Die EU ist befähigt Eurobonds auszugeben
- Die Möglichkeit (teilweiser) Vergemeinschaftung von Staatsschulden
- Das Budget wird anhand klarer Prioritäten konzipiert die insbesondere die ökologische Wende fördern
- Ein europäischer Wirtschafts- und Finanzminister der für die Umsetzung der europäischen Wirtschafts-, Budget- und Fiskalpolitik verantwortlich ist

4. Die Sicherheit der europäischen Bürger'innen garantieren: eine effiziente und sparsame europäische Verteidigung schaffen

Was wir wollen: eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Warum? Die Sicherheit der Europäer'innen verbessern und den Herausforderungen besser gerecht werden

Wie?

- Eine Verteidigungspolitik die einer gemeinsamen Diplomatie dient
- Eine Sicherheitspolitik die einem gemeinsamen legalen und rechtlichen Rahmen folgt

Was das bedeutet:

- Im Europäischen Parlament:
 - Eine Verteidigungskommission im Europäischen Parlament
 - Verpflichtende Konsultation des Parlament beim Einsatz europäischer Streitkräfte
- Für die EU-Verteidigungspolitik:
 - Gemeinsame Ausbildung und gemeinsames Training
 - Logistische Mittel zusammenlegen
 - Ein ständiger europäischer Führungsstab
 - Ein europäisches Verteidigungsbudget, das gemeinsame und sinnvolle Projekte sowie die Operationen finanziert
- Was die Abgeordneten sich verpflichten erreichen zu wollen:
 - Ein Sitz für die EU im Sicherheitsrat der UNO
 - Ein europäischer Verteidigungsminister
 - Eine europäische Sicherheits- und Geheimdienstagentur
 - Ein europäisches Antiterrorismuspaket (Europäisches Strafrecht), das eine europäische Antiterrorismusbüro leitet

5. Eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik die sich auf die Grundwerte der EU stützt schaffen

Was wir wollen: Grundrechte aller Individuen sichern und die Migrationsströme erfolgreich managen

Warum? Die Grundwerte der EU bewahren

Wie?

- Eine einheitliche Asylpolitik, die von einer europäischen Asylagentur umgesetzt wird
- Eine gemeinsame Migrationspolitik
- Das Dublin-System aussetzen

Was das bedeutet:

- Für das Europäische Parlament:
 - Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren auf Migrationsfragen ausweiten
- Einheitliches Asylantragssystem und einheitlicher Flüchtlingsstatus in Europa (Rechte und Freiheiten)
- Eine ambitionierte Entwicklungspolitik in den Auswanderungsländern